

Positionspapier des Deutschen Philologenverbandes zur Lehrerbildung in Zeiten des Lehrermangels

Lehrermangel aus bildungspolitischer Sicht

Aus bildungspolitischer Sicht ist unter Lehrermangel ein Fehlen von speziell auf ihre jeweilige Aufgabe im Fachunterricht vorbereiteten Lehrkräften zu verstehen. Die unmittelbare Folge von Lehrermangel ist, dass dringend nötiger Fachunterricht – auf den die Schülerinnen und Schüler ein Anrecht haben – ausfällt. Eine Betreuung von Schülerinnen und Schülern durch nicht auf ihre Aufgabe vorbereitete Lehrkräfte ist aus bildungspolitischer Sicht nur eine andere Form von Unterrichtsausfall.

Als mittelbare Folge von Lehrermangel verlieren Schülerinnen und Schüler Bildungschancen. Sie erwerben in ihrer schulischen Laufbahn weniger Wissen und Können, als das nötig und möglich wäre. Als Konsequenz davon gelingt es dem Schulsystem nicht in ausreichendem Maße, Schülerinnen und Schüler auf die Herausforderungen der Zukunft vorzubereiten. In einem Land, dessen eklatanter Mangel an Rohstoffen Bildung zur wichtigsten Ressource macht, verursacht Lehrermangel daher in bildungspolitischer Sicht einen Mangel an Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft. Daher müssen dauerhaft und verlässlich speziell für ihre Aufgabe ausgebildete Lehrkräfte in ausreichender Zahl für den Fachunterricht zur Verfügung stehen.

Erste Phase der Lehrerbildung: Interesse am Lehramtsstudium steigern

Um den Lehrermangel wirksam und nachhaltig zu bekämpfen, ist es dringend erforderlich, das Interesse potenzieller Kandidatinnen und Kandidaten am Lehramtsstudium zu steigern. Dazu müssen in jedem Fall unnötige Hürden wie z. B. Zulassungsbeschränkungen oder administrative Schwierigkeiten beim Wechsel in das Lehramtsstudium so weit wie möglich abgebaut werden. Das Lehramtsstudium muss außerdem so lange wie möglich auch für nicht von vornherein für das Lehramt entschiedene Kandidatinnen und Kandidaten zugänglich gehalten werden.

Außerdem sollten gerade mit Blick auf Hochschulwechsel „Lerninhalte“ verpflichtender Praxisanteile bundeslandübergreifend standardisiert werden. Um Fehlallokationen vorzubeugen, sollten weiterhin die praktischen Anteile im Studium mit einem höheren Grad an Verbindlichkeit im Hinblick auf den weiteren Studiengang ausgestattet werden.

Im Gegenzug sollten alle Möglichkeiten genutzt werden, um die fachliche Attraktivität des Lehramtsstudiengangs sichtbar zu machen. Hierzu können realistische Informationen über die beruflichen Chancen im Lehramt für Studentinnen und Studenten auch anderer Studiengänge dienen, ebenso wie z. B. Möglichkeiten für „Schnupper-Praktika“ für diese Zielgruppe, um mögliche Studiengangwechsler zu gewinnen. Dabei erscheint es sehr wichtig, einerseits die Zielgerichtetheit des Lehramtsstudiums herauszustellen, das von Anfang an eine klare berufliche Orientierung ermöglicht, andererseits aber Kompatibilitäten der Lehramtsstudiengänge mit anderen Berufsorientierungen aufzuzeigen, damit das Lehramtsstudium nicht als „Einbahnstraße“ wahrgenommen wird.

Zweite Phase Lehrerbildung: Ausbildungserfolg sichern

Ein strukturelles Problem der Lehrerbildung, das in erheblichem Umfang zum Lehrermangel beiträgt, ist der zu geringe Ausbildungserfolg in der zweiten Phase der Lehrerbildung. Kurz gefasst überfordert das in allen Bundesländern bis auf Bayern verkürzte Referendariat zu häufig aussichtsreiche Kandidatinnen und Kandidaten für den Lehrerberuf und bereitet zu viele Kandidatinnen und Kandidaten damit zu schlecht auf die spätere Ausübung ihres Berufs in Vollzeit vor.

Zu den Kernforderungen an eine sachgerechte Organisation der Lehrerbildung gehört es, den Referendarinnen und Referendaren ausreichend Zeit für eine gründliche und verlässliche Professionalisierung zu geben. Dazu ist ein Vorbereitungsdienst von 24 Monaten nötig. Zugleich muss in der zweiten Phase die professionelle Unterstützung der Referendarinnen und Referendare durch hochqualifizierte, gut ausgebildete und dafür mit ausreichenden zeitlichen Kapazitäten ausgestattete Ausbildungslehrkräfte verbessert werden.

Die Unterrichtsverpflichtung der Referendarinnen und Referendare muss auf das für die Ausbildungszwecke sinnvolle Maß beschränkt werden. Dem in vielen Bundesländern üblichen bedarfsdeckenden Einsatz der Referendarinnen und Referendare ist eine Absage zu erteilen. Weiterhin muss die Ausbildung stärker als bisher auf Kernaspekte der Unterrichtstätigkeit fokussiert werden, um den Referendarinnen und Referendaren Sicherheit im Umgang mit den beruflichen Herausforderungen in der späteren Praxis zu verleihen. Ebenso müssen Prüfungen und Ausbildungsinhalte auf die in der späteren Praxis als Vollzeitlehrkraft bewältigbaren Anforderungen ausgerichtet werden.

Einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung dieser Ziele kann auch eine sachgerechte und bewältigbare Verzahnung der zweiten mit der dritten Phase der Lehrerbildung leisten. Nicht zuletzt mit Blick auf außerunterrichtliche und sogenannte Querschnittsaufgaben ist eine wohl überlegte Arbeitsteilung zwischen allen Phasen der Lehrerbildung nötig. Es muss sichergestellt werden, dass der Erwerb an fachwissenschaftlichem und fachdidaktischem Wissen und Können in der ersten Phase abgeschlossen werden kann.

Dritte Phase der Lehrerbildung: Entwicklungspotenziale erschließen

Der gegenwärtige Lehrermangel resultiert nicht zuletzt daraus, dass zu viele Lehrkräfte im aktiven Dienst sich teilweise aus der unterrichtlichen Arbeit zurückziehen. Nicht selten sehen sie sich dazu u. a. aus gesundheitlichen Gründen gezwungen, deren Ursache in ihren beruflichen Alltagserfahrungen liegt. Neben den bereits seit vielen Jahren von den Philologenverbänden angemahnten berufspolitischen Maßnahmen, die nötig sind, um sachgerechtere Arbeitsbedingungen zu schaffen, muss auch die dritte Phase der Lehrerbildung verbessert werden.

Von zentraler Bedeutung ist, Fort- und Weiterbildung für Lehrkräfte auf fachdidaktische Aspekte zu konzentrieren, um eine größtmögliche Wirksamkeit der professionellen Kompetenzentwicklung zu erzielen. Der nicht selten geübten Praxis, die dritte Phase der Lehrerbildung stattdessen dazu zu benutzen, um zusätzliche und oft außerunterrichtliche Aufgaben im Lehrerberuf zu verankern, muss eine Absage erteilt werden.

Besonders mit Blick auf das Erleben von Selbstwirksamkeit müssen in der dritten Phase der Lehrerbildung Strukturen zum Wissenstransfer aus den Bezugswissenschaften in die Lehrerbildung verstärkt bzw. neu geschaffen werden. Dazu gehört auch, dass Fort- und Weiterbildungszeiten endlich im geregelten Teil der Arbeitszeit, also innerhalb der Unterrichtsverpflichtung, verankert werden müssen.

Schließlich darf die dritte Phase der Lehrerbildung weder als Ersatz für eine grundständige Ausbildung missbraucht werden, noch darf sie ein Alibi zur Implementierung von

überfachlichen und Querschnittsaufgaben an den Schulen sein. Für die letztgenannten Aufgaben ist vielmehr den Lehrkräften unmittelbare und direkt verfügbare Unterstützung in Form von qualifizierten Funktionsstellen an den Schulen inklusive der für die jeweiligen Aufgaben ausreichenden Unterrichtsfreistellungen zu gewähren.

Strukturelle Ansätze: Personalisierung nachhaltig sichern

Bereits einige wenige, in der Regel leicht zu organisierende und oft sogar kostenneutrale Maßnahmen in der Lehrerbildung könnten problemlos zur Eindämmung des Lehrermangels dienen. Beispielsweise könnten die Prüfungstermine sowohl in der ersten als auch in der zweiten Phase sehr leicht mit den jeweiligen Einstellungsterminen im Vorbereitungsdienst bzw. im aktiven Dienst harmonisiert werden, um für alle Beteiligten lästige Wartezeiten zu verhindern.

Auf den Lehrerarbeitsmarkt selbst bezogene Maßnahmen sind ebenfalls möglich: So z. B. die Aktivierung der schon in der Schule selbst beginnenden Nachwuchsgewinnung für das Lehramt und die sichtbare Attraktivierung des Lehrerberufs für potenzielle Kandidatinnen und Kandidaten durch die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Verdienst- und Aufstiegschancen. Genauso ist eine kritische Überprüfung der außerunterrichtlichen Bereiche des Lehrereinsatzes im Sinne einer Aufgabenkritik ein erfolgversprechender Weg hin zur Sicherung der Kernaufgabe von Lehrerinnen und Lehrern, nämlich des Fachunterrichts.

Allerdings ist es aus bildungspolitischer Sicht ein großer Fehler, das bildungspolitische Problem des Lehrermangels ausschließlich auf arbeitsmarkttechnische Fragen zu reduzieren. Nicht nur der schnelle Wechsel von Phasen der Beschäftigungslosigkeit von ausgebildeten Lehrkräften und solchen des Lehrermangels behindert eine sachgerechte Entwicklung des Schulsystems und beschädigt Zukunftschancen einzelner Schülerinnen und Schüler wie auch der Gesellschaft insgesamt. Vielmehr ist die Problematik des Lehrermangels stets auch unter inhaltlichen und pädagogischen Aspekten zu betrachten.

Daher ist einzufordern, dass die Bundesländer (wieder) mehr Verantwortung für die Lehrerbildung übernehmen und sich dabei nicht zuletzt für die Beibehaltung bzw. Wieder-Einführung des Staatsexamens als erstem Studienabschluss entscheiden. Aus ähnlichen Gründen ist auch die kontrollierte Verstetigung und die Verbesserung des Zuflusses von Innovationen der Bezugswissenschaften in die Schulen in den Vordergrund zu rücken. Dazu können beispielsweise gemischte Lehrplan- oder Fachbeiräte helfen, die die Kooperation der Bezugswissenschaften mit den Unterrichtsfächern intensivieren.

Berlin, 8. Dezember 2023